DAS MAGAZIN
DER BAYERISCHEN GRÜNEN



DIGITALISIERUNG: CHANCEN SCHAFFEN

MÄRZ 2018

KATHARINA SCHULZE:
MIT VISION BAYERN BESSER MACHEN

LUDWIG HARTMANN:
VOLKSBEGEHREN AUF REKORDKURS

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BAYERN

WAHLJAHR 2018

WIR SIND BEREIT!

Am 14. Oktober ist Landtagswahl in Bayern – und wir Grüne sind in jeder Hinsicht bereit dafür! Wir stehen vor einem der härtesten, aber auch spannendsten Wahlkämpfe überhaupt. Die Zeiten absoluter Mehrheiten in Bayern sind vorbei. Nach der Wahl wollen wir mitgestalten, am besten in der Regierung. Wir haben die Fachkompetenz, die richtigen Konzepte und eine unbändige Leidenschaft für die Zukunft unseres Landes.

Dafür steht auch unser grünes Spitzenduo: Katharina Schulze und Ludwig Hartmann verkörpern ein neues, modernes Bayern. Sie machen eine zukunftsfähige Politik, die unsere Lebensgrundlagen erhält, statt sie zu zerstören und die unser soziales Miteinander stärkt, statt es zu spalten. Mit einem starken Wahlergebnis für die beiden haben die grünen Mitglieder bei der Urwahl gezeigt, dass sie voll und ganz hinter ihnen stehen.

Auch unsere grünen Konzepte für ein besseres Bayern sind ausgearbeitet. Wir sind uns sicher: Diesmal werden unsere Inhalte so viele Menschen überzeugen wie nie zuvor.

Wir erhalten, was uns erhält: Wir sorgen für saubere Luft und weniger Abgase in den Städten. Wir wollen weniger Gift auf den Äckern, um Tiere und Pflanzen vor dem Aussterben zu schützen. Wir wollen weniger Gülle auf den Feldern für sauberes Wasser.

Wir fordern gleiche Rechte für Frauen: Wir wollen, dass Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden – wie Kranken- und Altenpflege, Hebammen, Erzieher*innen – deutlich besser bezahlt werden. Wir ermöglichen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, indem wir die Kinderbetreuung verbessern. Und wir schützen Frauen besser vor physischer Gewalt und Diskriminierung.

Wir packen die Digitalisierung richtig an: Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung, um mehr Lebensqualität für alle Menschen zu erreichen – in der Schule, am Arbeitsplatz, in den Fabriken und unterwegs. Wir führen das Schulfach Digitalkunde ein und fördern Start-Ups und Innovationen, die für die Energie- und Verkehrswende gezielt genutzt werden können.

Das alles – und noch viel mehr – wollen wir in Bayern umsetzen. Dafür braucht es starke Grüne in der Regierung. Und wir Grüne sind bereit wie nie, Verantwortung zu übernehmen. Darin bestärkte uns auch Robert Habeck, der beim grünen Politischen Aschermittwoch über die Jamaika-Verhandlungen sagte: „Bei allen Widersprüchen, die das bedeutet hätte: Wir waren bereit, uns diesen Widersprüchen auszusetzen. Dieses Verantwortungsbewusstsein, gepaart mit der Hartnäckigkeit, um die Inhalte zu streiten – das ist das, was die Grünen im Jahr 2018 ausmacht."

Lasst uns also alle gemeinsam für ein starkes grünes Ergebnis kämpfen, damit wir ein neues, grüneres Bayern gestalten können. Packen wir's an!

Sigi Hagl und Eike Hallitzky, Landesvorsitzende

Unser Spitzenduo:
Katharina Schulze und Ludwig Hartmann



Foto: Andreas Gregor

LEXIKON

DIGITALKUNDE



Unsere Schulen und Bildungseinrichtungen sollen Kinder und Jugendliche gut auf die digitale Gesellschaft vorbereiten. Dafür brauchen sie schnelle Datenleitungen und eine zeitgemäße Ausstattung mit Hardware. Vor allem aber muss die Vermittlung von digitaler Kompetenz integraler Bestandteil des Unterrichts werden. Deshalb wollen wir ein Fach Digitalkunde an allen bayerischen Schulen einführen. Neben Informatik, künstlicher Intelligenz und maschinellem Lernen geht es in diesem neuen Fach vor allem um Medienkompetenz: Wie lerne ich zu unterscheiden, welche Fakten richtig sind und welche falsch? Welche Quellen sind vertrauenswürdig? Wie wehrt man sich gegen Cybermobbing? Wie bewege ich mich verantwortungsvoll in den sozialen Netzwerken? Welche Rolle spielen Algorithmen und wie funktionieren diese? Dieses Wissen und die Fähigkeiten, die in der digitalen Welt nötig sind, wollen wir in diesem neuen Schulfach bündeln und so die Kinder und Jugendlichen fit machen.



KATHARINA SCHULZE UND LUDWIG HARTMANN, SPITZENDUO

DIGITALISIERUNG: DAS RICHTIGE TUN

Das Richtige tun statt nur Dinge richtig zu tun – das ist die Haltung von uns Grünen zur Digitalisierung unserer Gesellschaft. Denn es geht nicht nur darum, Dinge besser und effizienter zu machen als bislang. Die Gestaltung von Digitalisierung erfordert so viel mehr: Zuallererst die Bereitschaft anzuerkennen, was sich alles ändert. Von der Art, wie wir kommunizieren, wie wir unsere Meinung bilden, wie wir Güter produzieren, wie wir von A nach B kommen, wie wir konsumieren, arbeiten, lieben und selbst, wie über uns gesprochen wird, wenn wir nicht mehr leben. Denn das Internet vergisst auch dann nicht.

Wer glaubt, das ginge ihn alles nichts an, irrt auch dann, wenn er oder sie auf digitale Technologie verzichtet. Denn die Digitalisierung entscheidet längst mit, ob es in unserer Gesellschaft gerecht zugeht, welche Lebens- und Teilhabechancen wir haben und wie frei wir sind.

Zwei sehr konkrete Beispiele dafür sind der flächendeckende Ausbau der Datennetze und der Umgang mit der Digitalisierung an den Schulen. Derzeit ist es in vielen kleinen Orten auf dem Land kaum möglich, einen schnellen Zugang zum Datennetz zu bekommen. Alle Angebote, die einen leistungsfähigen Anschluss zum Internet voraussetzen, bleiben den Menschen dort vorenthalten. Die Chancen hängen vom Wohnort ab. Das ist nicht gerecht.

Wir beklagen seit Jahren, dass der Schulerfolg vom Elternhaus abhängig ist. Packen wir die Digitalisierung der Schulen nicht endlich entschlossen an, werden wir das Problem noch deutlich verschärfen. Kinder, deren Eltern sie auf die digitale Welt vorbereiten, haben ein Plus, die anderen Kinder das Nachsehen. Denn so, wie die Schule derzeit aufgestellt ist, kann sie die schlechteren Startchancen nicht einmal im Ansatz ausgleichen. Dafür brauchen die Schulen eine bessere Ausstattung.

Aber mehr Tablets und schnellere Leitungen sind höchstens ein kleiner Anfang. Entscheidend sind die Fähigkeiten und Kompetenzen, die vermittelt werden. Fakten von Fake unterscheiden, kompetent mit neuen Medien umgehen, wissen, wie ein Algorithmus funktioniert, der mir Informationen und Entscheidungshilfen liefert und einen verantwortungsvollen Umgang miteinander lernen – das muss Thema an den Schulen werden, damit sie gut auf das Leben in der digitalen Welt vorbereiten. Dies zeigt, warum wir uns um die Digitalisierung als politische Partei kümmern müssen.

Die Digitalisierung kann gesellschaftlichen Fortschritt bringen. Oder das Gegenteil. Es kommt eben darauf an, das Richtige zu tun.

Eure
Katharina und Ludwig



HINTERGRUND

ARBEITSWELT IM DIGITALEN WANDEL

Kerstin Jürgens ist Professorin an der Uni Kassel und forscht als Soziologin zur Arbeit der Zukunft. Wir haben mit ihr über die Auswirkungen der Digitalisierung auf unsere Gesellschaft gesprochen – und über die Antworten, welche die Politik geben kann.

Liebe Frau Jürgens, werden wir in fünf Jahren unsere Arbeitsplätze noch wiedererkennen?
Auch wenn uns heute das Tempo technologischer Neuerungen schwindlig macht: Vieles verändert sich, aber eben in einem doch stetigen Prozess. Wir gewöhnen uns also daran, dass Algorithmen die Abläufe mitsteuern, uns Maschinen assistieren und unsere Arbeitsschritte erfasst und ausgewertet werden. In manchen Bereichen ist der Wandel aber radikal, weil sich ganze Tätigkeiten automatisieren lassen. Wir werden deshalb erleben, dass sich viele Berufe ändern und neue entstehen, aber andere auch verschwinden. Umso wichtiger wird es, Regeln für den Arbeitseinsatz zu aktualisieren – und die Frage nach den Beschäftigungseffekten und daraus zu ziehenden Konsequenzen im Blick zu behalten.

Wie kann verhindert werden, dass viele Menschen von der Gesellschaft abgehängt werden, die durch den Wegfall ihrer Arbeitsplätze und Berufsbilder bedroht sind?
Man wird kaum verhindern können, dass Rationalisierungspotenziale genutzt werden. Daraus ergeben sich durchaus Chancen: Arbeiten, die bislang belastend waren, könnten automatisiert werden; für den Menschen bliebe mehr Zeit für anspruchsvollere Aufgaben. Denken wir etwa an die Pflege: Wenn dort wieder mehr Zeit bliebe, um sich dem bedürftigen Patienten in Ruhe zu widmen, wäre das ein echter Fortschritt und würde zugleich den Beruf aufwerten. Wenn andernorts hingegen ganze Arbeitsplätze wegfallen, müssen die Betroffenen finanziell aufgefangen werden und Angebote zur beruflichen Umorientierung erhalten. Ein Teil der Gewinne aus der Digitalisierung ließe sich hierfür sinnvoll einsetzen.

Was bedeutet die Digitalisierung der Arbeitswelt für die Bildungspolitik an Schulen und beim Angebot für lebenslanges Lernen?
Schulen benötigen den Anschluss an ein leistungsstarkes Internet, und sie müssen über für Schulen entworfene Plattformen Lernprozesse organisieren können. Neben reiner Wissensvermittlung in der Informatik werden vor allem solche Fähigkeiten bedeutsam, die nicht durch Maschinen ersetzbar sind. Empathie, Kreativität, Zusammenarbeit mit Menschen, kritisches Denken und Hinterfragen des scheinbar Gegebenen – das alles sind Kompetenzen mit Zukunft. Zugleich müssen die Lehrkräfte selbst weitergebildet werden, wofür oft die Zeit und die Angebote fehlen. Lernen darf nicht mit der Ausbildung enden; eine geförderte Bildungsteilzeit könnte hier Abhilfe schaffen.

Kann die Digitalisierung helfen, die Gleichstellung von Mann und Frau in der Arbeitswelt voranzubringen?
Da bin ich skeptisch. Die Lebensbereiche sind noch immer hierarchisiert: Erwerbsarbeit wird bezahlt und entscheidet über sozialen Status; Sorgearbeit wird allseits anerkannt, aber wer sie leistet, riskiert, in die Altersarmut zu rutschen. Bislang sind dies vor allem Frauen, insbesondere alleinerziehende Mütter. Digitale Technologien erleichtern mobiles Arbeiten und damit die Vereinbarkeit, in vielen Berufen ist aber Präsenz vor Ort zwingend. Einige Berufe, in denen sich Frauen annähernd gleichgestellt platzieren konnten, sind zudem rationalisierungsanfällig, etwa die Sachbearbeitung. Da kann Fortschritt also zum Rückschritt werden.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land: Ist dieses Ziel durch die Digitalisierung leichter oder schwerer zu erreichen?
Zurzeit sind ganze Regionen wie abgekoppelt vom Netz, weil es einfach nicht leistungsstark genug ist. Für viele kleinere Unternehmen kann das sogar das „Aus" bedeuten. Solange das nicht verändert wird, verschärft sich mit der Digitalisierung die Spaltung.



DIGITALISIERUNG UND ÖKOLOGIE

EINE FRAGE DER GESTALTUNG

Foto: Andreas Gregor



Hilft die Digitalisierung dem Umwelt- und Klimaschutz oder behindert sie ihn? Dieter Janecek, bayerischer Abgeordneter im Bundestag und dort Obmann im Ausschuss Digitale Agenda, wägt ab zwischen dem hohen Ressourcenverbrauch neuer Technologien und den Einsparpotenzialen, die sich durch smarte Anwendungen ergeben.

Alle reden über Digitalisierung, über ihre Folgen für Arbeitswelt und Wirtschaft, die Herausforderungen für die Bildung. Darüber, wie sich unsere Kommunikation verändert und was das für unsere Demokratie bedeutet. Zentrale Zukunftsthemen, die es zu gestalten gilt – dringend! Ein Aspekt geht aber meist unter – die ökologische Dimension. Die Sache ist leider etwas kompliziert.

Auf der einen Seite benötigen Rechenzentren und IT-Infrastruktur Strom und Ressourcen. Ein krasses Beispiel für den digitalen Stromhunger ist die Kryptowährung Bitcoin. Allein das sogenannte Bitcoin-Mining soll 2018 so viel Strom verbrauchen wie ganz Argentinien – 0,5 Prozent des globalen Stromverbrauchs. Auch der Ressourcenhunger der Digitalisierung ist enorm – Smartphones & Co. benötigen wertvolle Rohstoffe, die teils unter menschenunwürdigen Bedingungen abgebaut werden.

Auf der anderen Seite bieten digitale Anwendungen enorme Energieeinsparmöglichkeiten. Intelligente Stromnetze machen die Energiewende erst möglich, das Smartphone wird zur Mobilitätszentrale, mit dem sich Bahn, Bus, Rad und Carsharing-Fahrzeuge intermodal nutzen lassen. Intelligente Sensoren helfen, Energie zu sparen, im Haushalt wie in der industriellen Produktion. Allein mit den heute zur Verfügung stehenden Technologien lassen sich Studien zufolge bis 2030 rund 1,8 Gigatonnen CO_2 einsparen. Enorm ist auch das Ressourceneinspar-Potenzial. 3D-Druck könnte unsere ganze Produktion revolutionieren – Ersatzteile lassen sich so passgenau vor Ort produzieren, Transportwege entfallen.

Ist nun die Digitalisierung gut oder schlecht für den Planeten? Meine These lautet: Es kommt darauf an, was wir daraus machen! Für die Verkehrswende zum Beispiel könnte die Digitalisierung zum echten „Game Changer“ werden. Zumindest wenn wir konsequent Car- und Bikesharing voranbringen oder flexible Mitnahmedienste ermöglichen – gerade im ländlichen Raum. Wenn wir konsequent Nahverkehrsangebote ausbauen und alles per App bequem nutzbar machen. Wenn wir hingegen nichts ändern, die Digitalisierung das Autofahren nur noch bequemer macht und die App nur informiert, dass heute leider kein Bus mehr fährt und auch weit und breit kein Leihrad, kein Carsharing-Fahrzeug verfügbar ist, dann wird uns die Digitalisierung ökologisch nicht voranbringen. Und wenn Smartphones zu Wegwerfprodukten werden, die nach zwei Jahren nicht mehr funktionieren, und wir es gleichzeitig nicht schaffen, geschlossene Stoffkreisläufe für die verbauten Rohstoffe aufzubauen, dann werden auch Effizienzgewinne durch intelligente Sensoren dauerhaft wenig nutzen.

Im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD finden sich durchaus einige recht sinnvolle digitalpolitische Vorhaben. Manches ist ambitionierter als das, was wir in den letzten vier Jahren Große Koalition erlebt haben. Eine gravierende Leerstelle bleibt aber weiterhin die ökologische Dimension der Digitalisierung. Das ist fatal – Digitalisierung ist Gestaltungsaufgabe, auch ökologisch gesehen. Und ohne die richtigen Rahmenbedingungen droht das ökologische Potenzial der Digitalisierung verloren zu gehen.

FAST 50.000 UNTERSCHRIFTEN

VOLKSBEGEHREN AUF REKORDKURS



Die erste Hürde ist genommen. Mit fast 50.000 Unterschriften haben wir unseren Gesetzentwurf für das Volksbegehren „Betonflut eindämmen – Damit Bayern Heimat bleibt“ beim Bayerischen Innenministerium eingereicht. Herzlichen Dank allen, die mit ihrer Unterschrift und ihrem Engagement diesen Erfolg möglich gemacht haben! Denn mit dieser Zahl haben wir nicht nur die nötige Menge an Unterschriften fast um das Doppelte übertroffen. Es gab bislang noch kein bayerisches Volksbegehren, das bereits im ersten Schritt so viel Unterstützung bekommen hat.

Das macht Mut für die nächsten Schritte, die vor uns liegen. Und den brauchen wir auch, denn die Betonierung und Asphaltierung Bayerns schreitet voran. So hat die CSU-Regierung gerade erst die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans beschlossen. Das hört sich harmlos an, ist aber gravierend. Denn dadurch wird es künftig viel leichter möglich sein, auch außerhalb von Ortschaften zu bauen, etwa entlang von Autobahnen, Schnellstraßen oder Schienenwegen. Noch mehr Gewerbebauten, noch mehr Zerstörung unserer geerbten Kulturlandschaft – das dürften die Folgen sein. Und auch die Skiliftrasse durch das einzigartige Naturschutzgebiet am Riedberger Horn soll jetzt möglich sein.

Bald noch mehr Asphalt und Beton?

Das macht unser Anliegen nur noch dringlicher. Schon das heutige Maß des Flächenverbrauchs können wir nicht mehr hinnehmen. Wenn die Entwicklung jetzt noch einmal beschleunigt werden soll, droht ein irreparabler Schaden für unser Land. Abwarten, überzeugen, auf Freiwilligkeit setzen – diese Strategie ist krachend gescheitert. Umso wichtiger ist es, jetzt eine klare und für alle verbindliche Grenze zu setzen – so, wie wir das mit unserem Volksbegehren wollen.

Da ist es gut, dass wir so viel Unterstützung bekommen: In vollen Veranstaltungen landauf und landab, bei Bürgerinitiativen, die vor Ort gegen zerstörerische Projekte kämpfen, und natürlich bei den Bürger*innen, die unser Volksbegehren unterschrieben haben. Und wir merken es auch am Kreis der Unterstützer*innen, der kontinuierlich wächst. Gestartet sind wir mit uns Grünen, der ÖDP und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Mit dem Landesbund für Vogelschutz und dem Bund Naturschutz sind zwei wichtige Umweltverbände unserem Bündnis beigetreten oder haben dies angekündigt. Auch über die Unterstützung der Gregor-Louisoder-Umweltstiftung, des Verkehrsclubs Deutschland, der Naturfreunde, der Katholischen Landvolkbewegung und von Green City freuen wir uns sehr. Das ist ein starkes Bündnis und eine gute Basis für ein erfolgreiches Volksbegehren.

Wie geht es weiter?

Das Innenministerium prüft nun unseren Zulassungsantrag – so ist die korrekte Bezeichnung der 50.000 Unterschriften. Ist das Gesetz aus Sicht des Innenministeriums zulässig, muss es einen zweiwöchigen Eintragungstermin benennen. Der beginnt frühestens acht, spätestens zwölf Wochen nach Bekanntgabe. Kommt das Innenministerium zu dem Ergebnis, dass unser Gesetzentwurf gegen die Verfassung verstößt, kommt der Bayerische Verfassungsgerichtshof ins Spiel. Dort wird binnen drei Monaten eine Entscheidung getroffen. Gibt es dort grünes Licht, muss vier Wochen nach der Entscheidung der Eintragungstermin festgelegt werden.

Die Mobilisierung vor Ort entscheidet.

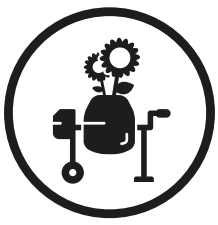
Sobald der Eintragungstermin feststeht, heißt es für uns: Volle Kraft voraus! Denn die Hürde ist hoch. Zehn Prozent aller Bürger*innen, die für die Wahl des Landtags wahlberechtigt sind, müssen innerhalb der 14 Tage zu ihrem Rathaus oder den anderen Eintragungsstellen gehen und sich in die Listen eintragen. In absoluten Zahlen sind das fast eine Million Menschen – eine große Herausforderung. Aber das ist zu schaffen. Die erfolgreichen Volksbegehren für die Abschaffung der Studiengebühren und zum Nichtraucherschutz in der Gastronomie haben das gezeigt, übrigens in beiden Fällen mit grüner Beteiligung.

Schaffen wir diese Hürde, kommt es einige Monate später zum Volksentscheid. Bekommen wir dort eine Mehrheit, tritt unser Gesetz in Kraft. Aber das ist derzeit noch Zukunftsmusik. Unsere Konzentration gilt dem Eintragungstermin. Für den Erfolg brauchen wir eine gute landesweite Kampagne, daran arbeiten wir gerade. Noch wichtiger ist aber die Mobilisierung vor Ort. Lokale Aktionskreise gründen, Infomaterial verteilen, Plakatieren und – ganz wichtig – Rathauslotsen mobilisieren, die im Umkreis der Eintragungsstellen die Passant*innen auf unser Volksbegehren aufmerksam machen – all das müssen wir flächendeckend tun. So können wir die nächste Hürde auf dem Weg zu unserem Ziel nehmen: die Betonflut eindämmen – damit Bayern Heimat bleibt.

Ludwig Hartmann
Sprecher des Volksbegehrens und Spitzenkandidat für die Landtagswahl

Fotos: Andreas Gregor







DAS VOLKSBEGEHREN BRAUCHT EUCH

Während der 14-tägigen Eintragungsfrist müssen wir fast eine Million wahlberechtigter Menschen in Bayern überzeugen, sich in ihrem Rathaus in die Listen unseres Volksbegehrens einzutragen. Eine große Herausforderung, die wir stemmen können – aber nur mit eurer Hilfe.

Was wir tun:

Wir im Volksbegehren-Bündnis erarbeiten gerade die Kampagne für die zweite Phase. Wir gewinnen weitere Organisationen als Unterstützer, erstellen Flyer und Plakate und bauen ein Netzwerk lokaler Aktionsbündnisse auf.

Was ihr tun könnt:

Spenden: Um das Volksbegehren bekannt zu machen, brauchen wir Geld für Plakate, Flyer und Aktionen. Wir freuen uns sehr über eure Überweisung an:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreissparkasse München
Verwendungszweck: Volksbegehren
IBAN DE80 7025 0150 0000 0158 75
BIC BYLADEM1KMS

Lokale Aktionskreise unterstützen oder gründen: Plakatieren, Flyer verteilen, Veranstaltungen organisieren, in lokalen Facebook-Gruppen und während des Eintragungszeitraums vor den Rathäusern für unser Volksbegehren werben – dafür brauchen wir euch vor Ort in ganz Bayern! Meldet euch dazu gerne im Kampagnenbüro des Trägerkreises:

Michael Stanglmaier
Campaigner und Bündnis-Koordinator
michael.stanglmaier@
betonflut-eindaemmen.de
Tel: 089-21159732

Aktuelle Infos unter
www.betonflut-eindaemmen.de

und auf Facebook:
facebook.com/BetonflutEindaemmen

Bernhard Zimmer

WIR VERBANNEN HERBIZIDE



Foto: Andreas Gregor

Im Berchtesgadener Land tut sich was in Sachen Pflanzengifte. Erst verbot die Molkereigenossenschaft ihren Bauern den Einsatz von Glyphosat. Dann stellte die grüne Fraktion einen Antrag im Kreistag. Das Ergebnis: Der Landkreis will nun insgesamt frei von Herbiziden werden.

Wie kam es zu dem Beschluss?
Erst haben wir gefordert, dass der Landkreis auf allen eigenen Flächen auf Glyphosat verzichten soll. Eine Prüfung der Verwaltung ergab, dass er das bereits tut. Wir haben unsere Forderungen dann erweitert: Der Landkreis solle sich das Ziel setzen, pestizidfrei zu werden und eine entsprechende Informationskampagne für Gartenbesitzer starten. Nach einer intensiven Debatte im Kreistag einigte sich eine Mehrheit darauf, dass der Landkreis vollständig frei von Herbiziden, also Pflanzenschutz- und Pflanzenvernichtungsmitteln werden soll.
Wie habt ihr die Mehrheit von eurem Antrag überzeugt?
Die gute Praxis der Gemeinden beweist: Man kann problemlos auf diese Gifte verzichten. Und auch wenn es nicht in unserer Macht als Landkreis steht, den Einsatz auf privaten und gewerblichen Flächen zu verbieten: Wir können uns trotzdem hohe politische Ziele stecken und diese den Bürger*innen vermitteln.
Was habt ihr aus den Verhandlungen gelernt?
Es reicht nicht, nur ein Verbot von Glyphosat zu fordern. Das Mittel ist ein Auslaufmodell, neue Pflanzengifte werden folgen – und die gilt es zu verhindern. Deshalb haben wir die Maximalforderung gestellt, auf alle Pestizide zu verzichten. Darunter wäre z.B. auch Schneckenkorn gefallen. Im Ergebnis konnten wir die Ächtung aller Herbizide erreichen.
Wie geht es weiter?
Wir verfolgen genau, ob die Informationskampagne wirkt. Und wir denken weiter: Der nächste Meilenstein auf dem Weg in eine giftfreie Landwirtschaft muss ein Verzicht auf den Einsatz von Insektiziden sein. Dafür brauchen wir den Rückhalt aus der Bevölkerung – hier müssen wir noch Aufklärungsarbeit leisten.
Antragsvorlagen bei GRIBS: gruenlink.de/1f2h

Barbara Lochbihler

WIR ERKUNDEN GESCHICHTE



Bild: Bernhard Hörmann, Füssen, 1866 – 1876, Archiv der Stadt Füssen

Die demokratischen Ideale der Revolution von 1848/49 prägen Deutschland bis heute. Auch im Allgäu kämpften viele Menschen damals für ihre Freiheit: Die grüne Europaabgeordnete Barbara Lochbihler hat darüber nun ein Buch herausgegeben.

Weshalb wolltest du das Buch herausbringen?
In meiner Arbeit als Menschenrechtspolitikerin erlebe ich immer wieder, dass Menschenrechte missachtet werden. Für mich war interessant zu untersuchen, wie die Menschen im Allgäu in der 1848er-Revolution nach Befreiung von Abhängigkeit, gleichen Rechten aller, der Aufhebung der Zensur, dem Recht auf Bildung, einer unabhängigen Rechtsprechung und dem Wahlrecht für alle strebten. Deshalb trägt das Buch auch den Titel: „Es lebe die Freiheit. Revolution im Allgäu 1848/49".
Wer hat alles an dem Buch mitgewirkt?
14 Autor*innen aus dem Allgäu, Schwaben und Tirol führen die Leser*innen an Orte der Revolution, bringen ihnen Menschen nahe, die damals als Liberale, also Revolutionäre, galten und zeigen die Wirkung der Freiheitsbewegung auf Bildung, Auswanderung und die Lage der Bauern und Frauen auf.
Welche Erkenntnisse haben dich besonders überrascht?
Neu für mich war, wie in dieser Zeit eine breite Bewegung aus unterschiedlichsten Berufen und Ständen zu einer revolutionären Bewegung zusammenfand, der die bayerische Regierung und König Max II trotz Zugeständnissen nur mit massiver militärischer Präsenz begegnen konnte. Überraschend fand ich, dass auch aus dieser Zeit noch immer Neues zu entdecken war, auch aus dem Alltagsleben der Menschen. Manches davon taucht erstmals in diesem Buch auf.
Was können wir von den Allgäuer Revolutionären lernen?
Dass deren Forderungen zum Teil immer noch und wieder aktuell sind und dass es sich lohnt, für ein selbstbestimmtes Leben politisch zu denken und zu handeln.
Bestellung des Buchs über Barbara Lochbihlers Regionalbüro Kaufbeuren: wk-lochbihler@gruene-europa.de



HIER SCHREIBT DIE LANDTAGSFRAKTION

MIT VISION BAYERN BESSER MACHEN

Katharina Schulze
Fraktionsvorsitzende

Es bleiben uns noch 29 Wochen bis zur Landtagswahl. Dieses Mal geht es um mehr als den Verlust oder Gewinn von einigen Prozentpunkten und Mandaten. Das ganze Parteiensystem wird gerade kräftig durchgeschüttelt und wie es aussieht, wenn die Würfel gefallen sind, weiß niemand.

Aber so viel ist klar: Wir Grüne haben mehr Verantwortung. Wir sind von der vermeintlich naiv-chaotischen Außenseiterin zur einzigen Kraft geworden, die bedingungslos für weltoffene, liberal-emanzipatorische und ökologische Politik eintritt. Unsere Konkurrenten erliegen immer wieder der Versuchung, das Nationale über die europäische Kooperation, die Herkunft über die Rechtsstaatlichkeit und kurzfristiges industrielles Gewinnstreben über ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit zu stellen.

Mit anderen Worten: Wir halten den Laden zusammen und zeigen eine Perspektive auf, wo es langgeht. Klar in der Haltung und Richtung bedeutet aber nicht, dass wir im Visionären oder gar im Ungefähren stecken bleiben. Ohne dass wir 2013 zu Beginn dieser Legislaturperiode bereits ahnten, welches Ausmaß an Veränderungen vor uns liegt, haben wir uns zum Ziel gesetzt, unsere Ideen und Ziele mit sehr konkreten und detaillierten Konzepten zu ihrer Umsetzung zu unterlegen. Über ein Dutzend dieser grünen Gebrauchsanweisungen für Bayern gibt es bereits, weitere sind in Arbeit. (Reinklicken unter: gruene-fraktion-bayern.de/dokumente/konzepte). Wir hatten für unsere beiden jährlichen Klausuren immer einen klaren Fokus – zuletzt die Digitalisierung, vorher unter anderem die Zukunft des ländlichen Raums, berufliche Bildung, den Klimaschutz in Bayern und viele weitere Themen.

Vision gekoppelt mit Machbarkeit oder pragmatisch die Welt – oder zumindest Bayern – retten, das ist die Maxime unserer Arbeit. Denn wenn wir Bayern nicht alleine denen überlassen wollen, für die Weltoffenheit, der Schutz der Lebensgrundlagen und unseres demokratischen Gemeinwesens immer wieder zur Disposition stehen, dann brauchen wir Alternativen. Man bekommt nichts besser gemeckert, erst recht nicht in der Politik. Und genau diese Alternativen, zu zeigen, wie es anders und besser gehen kann, das erwarten die Bürger*innen von uns. Das schließt klare Ansagen zu schädlichen und unsinnigen Projekten, wie der dritten Startbahn am Flughafen München, ausdrücklich ein. In diesem Sinne werden meine 16 Kolleg*innen und ich das verbleibende halbe Jahr nutzen, um klar zu machen, wo Leidenschaft, Kompetenz und zukunftsweisende Ideen in Bayern ihre Heimat haben.

FRAUENWAHLJAHR 2018

DIE HÄLFTE DER MACHT DEN FRAUEN!

Katharina Schulze, Verena Osgyan

Hundert Jahre Frauenwahlrecht in Bayern! Seit dem 8. November 1918 sind Frauen nun in den Wahlkabinen gleichberechtigt. Gemessen an den Jahrtausenden, in denen schon Politik gemacht wird, ist ein Jahrhundert aber trotzdem sehr wenig.

Wir Frauen mussten uns unseren Platz erkämpfen – in der Gesellschaft, im Beruf und vor allem in der Politik. Unsere Grünen Frauen waren bei dem Thema immer vorne mit dabei! Vielen Dank an die mutigen Vorkämpferinnen.

Die Anti-Baby-Pille kommt 1961 nach Deutschland und ist zunächst nur für verheiratete Frauen zu haben. 1989 werden die deutschen Fußballfrauen Europameister. Als Siegprämie gab es aber kein Geld wie für die Männernationalmannschaft, sondern ein Kaffee-Service – und auch noch 1b-Ware. Erst 1982 wird die erste Frau zur Bundesministerin ernannt.

Offene Baustellen gibt es en masse: Die Debatte um #metoo zeigt, wie sehr sexuelle Belästigung und Machtmissbrauch von Seiten der Männer aktuell sind. Im Laufe ihres Lebens erlebt jede vierte Frau Gewalt, mehr als jede zweite Frau, 58 Prozent, hat schon einmal Erfahrung mit sexueller Belästigung gemacht. Laut Zahlen des Statistischen Bundesamts von 2016 bekommen weibliche Angestellte für ihre Arbeit 24 Prozent weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen. Für jeden Euro, den ein Mann verdient, bekommt eine Frau also nur 76 Cent – und dass, obwohl Firmen mit überdurchschnittlich vielen Chefinnen mehr Profit machen.

Echte Gleichstellung ist also noch lange nicht erreicht. Vor allem nicht in den Parlamenten. Immer noch ist die institutionelle Politik eine Männerdomäne – nicht nur im Bayerischen Landtag, sondern in ganz Deutschland. Im Bundestag ging der Frauenanteil nach



Katharina Schulze und Verena Osgyan beim Kickoff der Roadshow am Münchner Marienplatz

der jüngsten Wahl sogar wieder um fünf Prozent auf 31 Prozent zurück, obwohl der Bundestag insgesamt angewachsen ist. Im Bayerischen Landtag beträgt der Frauenanteil im Jahr 2018 noch nicht einmal 28 Prozent, bei kommunalen Spitzenämtern sind es lediglich zehn Prozent.

Die Hälfte der Macht den Frauen! Das ist unser Motto und wir Grüne gehen beispielhaft voran. Mit Doppelspitzen und einer paritätischen Besetzung unserer Aufstellungslisten.

Jetzt heben wir das Ganze auf die nächste Ebene. Es kann nicht sein, dass Politik für Frauen nicht von Frauen gemacht wird. Es braucht verstärkte Anstrengungen, um den Frauenanteil in den Parlamenten entsprechend ihrem Anteil in der Bevölkerung auf 50 Prozent zu heben. Mit unserem Antrag für ein Paritégesetz zur quotierten Besetzung von Wahllisten soll das gelingen. Denn Demokratie geht nur geschlechtergerecht. Wir müssen jetzt was tun. Sonst dauert es noch mal hundert Jahre bis zur Gleichberechtigung.

Mit unserer mobilen Roadshow zum Frauenwahljahr 2018, die über Historie, Hintergründe und Ziele von Frauen in der Politik aufklärt, sind wir durch ganz Bayern getourt – unter anderem waren wir in München, Sonthofen, Traunstein, Passau, Regensburg, Nürnberg, Bayreuth und Aschaffenburg zu Gast. Überall haben wir Menschen getroffen, die mit uns über das Erreichte und über das Noch-zu-Erreichende diskutiert haben. Die eingebrachten Vorschläge werden wir auswerten und in unsere parlamentarische Arbeit einfließen lassen.

Auf unserer Website gruene-fraktion-bayern.de könnt ihr euch die Dokumentation unserer Tour anschauen – inklusive Videos, O-Tönen und Fotos!

FUN FACTS

- **Die erste weibliche Ministerpräsidentin wurde 1960 in Sri Lanka vereidigt: Sirimavo Bandaranaike.**
- **Frauen fahren besser Auto: Sie fahren ebenso viel wie Männer, verursachen aber nur jeden dritten Unfall.**
- **75 Prozent aller Frauen würden lieber einen Plasma-Fernseher geschenkt bekommen als Juwelen.**

Kerstin Celina

WAHLRECHT FÜR ALLE



Die politische Partizipation – wählen dürfen – ist eines der wichtigsten Rechte, auf die Bürger*innen Anspruch haben. Statt prinzipiell allen volljährigen Bürger*innen das Wahlrecht zuzugestehen und es nur in Ausnahmefällen individuell abzuerkennen, läuft es bei einer großen Gruppe von Menschen umgekehrt: Ihnen wird dieses Recht pauschal aberkannt, beispielsweise, weil sie unter Vollbetreuung stehen oder in einer Maßregelvollzugseinrichtung behandelt werden. In Deutschland betrifft das 85.000 Menschen, fast ein Viertel davon lebt in Bayern.

Den betroffenen Menschen das Wahlrecht pauschal abzuerkennen, widerspricht der UN-Behindertenrechtskonvention und wir bringen dieses Thema deswegen seit Jahren immer wieder auf die Tagesordnung des Bayerischen Landtags. Wir wollen das Landeswahlgesetz dahingehend ändern, dass ein pauschaler Wahlrechtsausschluss abgeschafft wird und nur noch Richter*innen individuell das Wahlrecht aberkennen können.

In Bayern wird im Oktober gewählt, und zwar nicht nur der Landtag, sondern auch der Bezirkstag, das sogenannte „Sozialparlament". In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein wurden bereits entsprechende Änderungen in den Landeswahlgesetzen umgesetzt. Es ist jetzt höchste Zeit und menschenrechtlich geboten, endlich auch den 19.700 betroffenen Menschen in Bayern die Möglichkeit zu geben, an einer Wahl teilzunehmen, wenn sie es möchten.

Christine Kamm

ALLE KINDER HABEN RECHT AUF BILDUNG



Das Verwaltungsgericht München hat im Januar 2018 einer Klage von sechs Schulkindern gegen den Freistaat Bayern voll umfänglich stattgegeben und ihnen damit ermöglicht, Schulen außerhalb des Transitzentrums Manching/Ingolstadt zu besuchen. Damit wurde auch unsere Forderung unterstützt, mit dem wir das Recht aller Kinder auf Bildung in Bayern verlangt haben – auch in den Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge. Denn Bildung ist ein Kinderrecht!

Dazu gehört, Schulabschlüsse zu erreichen und das Erlangen von Klassenzielen nachweisen zu können. Das ist wichtig: Denn wenn die Eltern anerkannt werden, ist der Schulabschluss Voraussetzung für berufliches Weiterkommen. Und sollten sie mit ihren Eltern heimkehren, werden Kinder ohne Zeugnis in vielen Ländern nicht mehr eingeschult. Ein oder zwei Jahre ohne regulären Unterricht können also fatale Folgen für die zukünftige Lebensbiographie der Kinder haben.

Die CSU-Regierung muss nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts München ein adäquates Beschulungskonzept erarbeiten und umsetzen – nicht nur für die Transitzentren, sondern für alle Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge.

Mit zahlreichen Bündnispartnern haben wir uns für die Rechte der Kinder eingesetzt und werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, unter anderem parlamentarisch für die Umsetzung des Gerichtsentscheids, damit die Rechte der Kinder nicht weiter verletzt werden.

Kerstin Celina

DEMOKRATIE BRAUCHT JUGEND



Mit einem umfangreichen Antragspaket unter dem Motto „Demokratie braucht Jugend" wollen wir die politische Teilhabe junger Menschen auf allen Ebenen stärken. Politische Teilhabe ist ein Grundrecht von jungen Menschen und diese wollen sich stärker am politischen und gesellschaftlichen Leben beteiligen. Gerade in Zeiten, in denen populistische und nationalistische Parteien an Zulauf gewinnen, muss das politische Interesse und demokratische Engagement junger Menschen gestärkt werden.

Demokratie ist kein Selbstläufer, wir müssen etwas für sie tun. Und um Demokratie mit Leben zu füllen, braucht es eine starke Jugendpolitik. Wir wollen deshalb die Rahmenbedingungen für die aktive politische Teilhabe junger Menschen verbessern.

Dazu fordern wir ein aktives Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahren bei allen Wahlen in Bayern. Die Jugendbeteiligung muss auf allen politischen Ebenen rechtlich verankert werden. Auch die politische Bildung für junge Menschen muss innerhalb und außerhalb der Schule ausgebaut werden. Die entsprechenden Angebote der Jugendverbände wollen wir stärken und die offene Jugendarbeit weiter ausbauen.

Jugendpolitik fängt in den Gemeinden an: Wir fordern mehr Partizipation junger Menschen bei der kommunalen Jugendhilfeplanung, die Beteiligung von Jugendlichen bei Bürgerentscheiden, die Einsetzung von kommunalen Jugendbeauftragten und eine bessere Förderung von Jugendparlamenten und -beiräten.

Ludwig Hartmann, Thomas Mütze

SCHWERPUNKTE SETZEN – BAYERN SANIEREN



Die öffentlichen Ausgaben in Bayern steigen nach wie vor deutlich schneller als Inflation und Bevölkerungswachstum zusammen. Trotzdem gibt es aus der CSU-Sparpolitik der Vergangenheit immer noch einen immensen Modernisierungsstau. Den wollen wir mit unseren Anträgen zum Nachtragshaushalt 2018 auflösen. In der Verkehrspolitik mit einer eigenen Elektrifizierungsinitiative für die Schiene und Mitteln für Radschnellwege. Bei der Energiewende, wo wir intelligente Netze, moderne Speichertechnologien und regenerative Kombikraftwerke nach vorne bringen wollen. Auch lange aufgeschobene Sanierungsmaßnahmen bei unseren Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden müssen wir dringend angehen. Ganz wichtig: Die grünen Anträge werden allesamt aus vorhandenen Haushaltsmitteln bestritten. Neue Schulden sind für uns tabu.

Die CSU versucht es mit zahllosen kleinteiligen Veränderungen vor der Wahl allen recht zu machen, gerne auch inhaltlich widersprüchlich. Es ist rausgeschmissenes Geld: So will sie die Imkerei fördern, aber keine wirksamen Maßnahmen gegen Insektensterben und Ortskerne revitalisieren, sorgt aber über das Landesentwicklungsprogramm dafür, dass sich Handel und Wirtschaft aus den Ortskernen verabschieden.

Es wird also Zeit für eine wirklich zukunftsgerichtete Haushaltspolitik: Eine Milliarde für Bildung und Schulen, eine Milliarde für Klimaschutz – damit künftige Generationen auch noch ein lebens- und liebenswertes Bayern vorfinden.

Markus Ganserer

NAHVERKEHR VERBESSERN



Was andernorts einen attraktiven und fahrgastfreundlichen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ausmacht, gibt es in Bayern nur ansatzweise. Viele Aufgabenträger vernachlässigen den ÖPNV und stellen keine Nahverkehrspläne auf. Flächendeckende Verbünde gibt es ebenso wenig wie einen einheitlichen Landestarif und Streckenreaktivierungen sind Mangelware. Abseits der Schiene ist der Nahverkehr noch weniger attraktiv.

Wir wollen die Öffentlichen in Bayern verbessern und haben dafür einen Gesetzentwurf formuliert: Der ÖPNV soll flächendeckend in ganz Bayern in Verkehrsverbünden organisiert werden. Mit einem Bayern-Tarif wollen wir Fahrten in ganz Bayern mit nur einer Fahrkarte ermöglichen. Eine qualitativ hochwertige Fahrgastinformation soll alle notwendigen Infos verkehrsträgerübergreifend liefern – für die gesamte Reisekette. Nahverkehrspläne müssen Pflicht und alternative Bedienformen sollen berücksichtigt werden. Zudem muss der Nahverkehr barrierefrei werden. Der Freistaat soll die Reaktivierung stillgelegter Schieneninfrastruktur mitfinanzieren. Fahrgastbeiräte sollen Aufgabenträger beraten.

Wir sagen: Lieber einmal gut gemacht als doppelt gemoppelt und lückenhaft. Wir sollten den Bus-Parallelverkehr zur Schiene weitestgehend vermeiden. Wo Schienen fehlen, sollen schnelle Regiobusse neue Verbindungen schaffen.

Martin Stümpfig

KLIMASCHUTZ GESETZLICH VERANKERN



Was bleibt von den Pariser Klimaschutzbeschlüssen übrig, wenn die Länder weiter schlafen? Mit 100 Millionen Tonnen CO2-Emissionen im Jahr hat Bayern nach Nordrhein-Westfalen den höchsten Treibhausgasausstoß aller Bundesländer. Während aber in vielen Ländern unter grüner Regierungsbeteiligung Klimaschutzgesetze verabschiedet wurden, bleibt die CSU-Regierung konsequent untätig. Wir wollen jetzt den Ton vorgeben: Gemeinsam mit dem renommierten Hamburg-Institut werden wir einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen.

Wir können es uns nicht mehr leisten, nichts zu tun. Es gibt nur noch ein eng begrenztes CO2-Budget, um das 2-Grad-Ziel von Paris einzuhalten. Bayern kann seinen Beitrag leisten, wenn wir unseren Ausstoß ab 2020 jedes Jahr um 3,5 Prozentpunkte senken. Ein „Weiter so“ wäre fatal, denn dann wäre unser gesamtes CO2-Budget in 16 Jahren komplett aufgebraucht. Die Unfähigkeit der CSU-Regierung beim Klimaschutz zeigt die jämmerliche Reduktion von 7,4 Prozent von 1990 bis 2014.

Neben einer klaren gesetzlichen Zielsetzung zur CO2-Reduktion wollen wir in unserem bayerischen Klimaschutzgesetz grundsätzliche Leitlinien festgelegen – in den Bereichen Strom, Wärme, Verkehr und Landwirtschaft. Auch die Klimaanpassung wollen wir gesetzlich verankern. Zudem wollen wir die staatliche Verwaltung endlich zum Vorreiter in Sachen Klimaschutz machen. Das ist mehr als nötig und wir dürfen keine Zeit mehr verlieren!

Jürgen Mistol

EINSATZKRÄFTE SCHÜTZEN



Die Ereignisse der letzten Monate haben erneut vor Augen geführt, dass die Gewaltbereitschaft gegenüber Einsatzkräften der Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehr weiterhin hoch und die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt niedrig ist. Einer aktuellen Befragung der Universität Bonn zufolge, bei der knapp 1.700 Einsatzkräfte befragt worden sind, erleiden Helfer*innen durchschnittlich drei Übergriffe pro Jahr.

Bereits im Rahmen unseres 2. Polizeikongresses haben wir intensiv mit Sachverständigen über dieses Phänomen diskutiert. Alkohol ist in vielen Fällen Ursache Nummer eins für Aggression und Gewaltvorfälle in der Öffentlichkeit. Gleichzeitig ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, da viele Fälle von Gewalt gar nicht zur Anzeige gebracht werden. Hohe Strafen allein können keine Abhilfe leisten. Vielmehr braucht es ein Maßnahmenbündel, um Einsatzkräfte vor (non)verbaler und physischer Gewalt zu schützen.

Wir haben zusammen mit Polizei- und Feuerwehrgewerkschaft ein Antragspaket zum Schutz von Helfer*innen im Landtag vorgestellt. Dazu gehört der Ausbau der Alkohol- und Gewaltprävention, die Beauftragung einer Dunkelfeldstudie, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Deeskalation und Selbstverteidigung sowie Maßnahmen zum Opferschutz. Denn wir wollen nicht länger hinnehmen, dass Menschen, die anderen Menschen in Notlagen helfen, Ziel von Angriffen – egal welcher Art – werden.

Verena Osgyan

OPFER VON GEWALT UNTERSTÜTZEN



Die Istanbul-Konvention des Europarats verpflichtet Bund und Länder, Gewalt gegen Frauen und Kinder zu bekämpfen. In Bayern fehlt es aber seit Jahren an grundlegenden Hilfsangeboten.

Schon vor zwei Jahren hat eine vom Freistaat beauftragte Studie einen eklatanten Versorgungsmangel festgestellt. Jede zweite Frau muss von den Frauenhäusern aus Platzgründen abgewiesen werden. Die CSU-Regierung versprach zwar schon 2016 Sofortmaßnahmen, passiert ist seitdem fast nichts. Es wurde lediglich eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die ein neues Gesamtkonzept für Frauenhäuser und Notrufe erarbeiten soll. Bisher ergebnislos.

Der politische Stillstand beim Ausbau der Hilfsangebote für gewaltbetroffene Frauen ist beschämend. Wir haben daher in einem Antragspaket umfassende Sofortmaßnahmen gefordert: Ausbau des ambulanten Hilfesystems und Aufstockung der staatlichen Mittel für Frauenhäuser, -notrufe und Fachberatungsstellen um zwei Millionen Euro. Und zusätzliches Personal für Geschäftsführung, Verwaltung und hauswirtschaftliche Tätigkeiten für Frauenhäuser. Zudem haben wir den Landtag aufgefordert, einen Runden Tisch einzurichten. Dort sollen die Fraktionen, Freie Wohlfahrtspflege und Kommunen über die Entwicklung einer neuen Fördergrundlage für Frauenhäuser, -notrufe und Fachberatungsstellen beraten und das neue Gesamtkonzept verabschieden – und zwar noch vor Ende der Legislaturperiode.

Katharina Schulze

POLIZEIRECHT: GRUNDGESETZ ACHTEN



Die CSU-Regierung hat einen Entwurf vorgelegt, mit dem das Polizeirecht in Bayern grundlegend verändert werden soll. Erhebliche Sorgen bereiten uns neue ausufernde Kompetenzen der bayerischen Polizei für potentiell diskriminierende DNA-Analysen, Durchsuchungen von Cloud-Diensten, der Einsatz von automatisierter Verhaltens- und Gesichtserkennung mittels Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen und die erhebliche Herabsenkung der Einschreitschwellen für die Einsatzkräfte.

Der Nutzen von automatisierter Gesichtserkennung ist für uns zweifelhaft, die Tests zeigen ernüchternde Ergebnisse. Das rechtfertigt auf gar keinen Fall diesen zusätzlichen und ganz erheblichen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger*innen.

Mit dieser Polizeirechtsreform betreibt die CSU-Regierung eine erschreckende Ausdehnung polizeilicher Eingriffsbefugnisse und missachtet an mehreren Stellen Stopp-Schilder unserer Verfassung.

Wir müssen stattdessen die bestehenden Gesetze und Instrumente konsequent anwenden und unsere Polizei personell und finanziell so ausstatten, dass sie ihre Arbeit machen kann. Wir begrüßen die Expertenanhörung des vorgelegten Gesetzesentwurfs und behalten uns – sollte sich das Parlament nicht auf einen grundrechtskonformen Gesetzesentwurf einigen können – einen Gang vor das Verfassungsgericht vor.

FÜR EINE SOZIALE DIGITALE REVOLUTION!

Jule Ziegler und Eva Lettenbauer
Grüne Jugend Bayern

Kommunikation wird immer schneller und einfacher. Wir spüren Veränderung durch zahlreiche digitale Innovationen, neue Dienstleistungsangebote und Arbeitsabläufe. All das können wir so gestalten, dass es uns nicht einschränkt, sondern unsere Lebensqualität steigert. Daher plädieren wir dafür, mutig die Chancen des digitalen Wandels zu nutzen und negative Auswirkungen durch sinnvolle Regulierungen abzuwenden. Besonders wichtig ist dabei der Austausch mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Unternehmen.

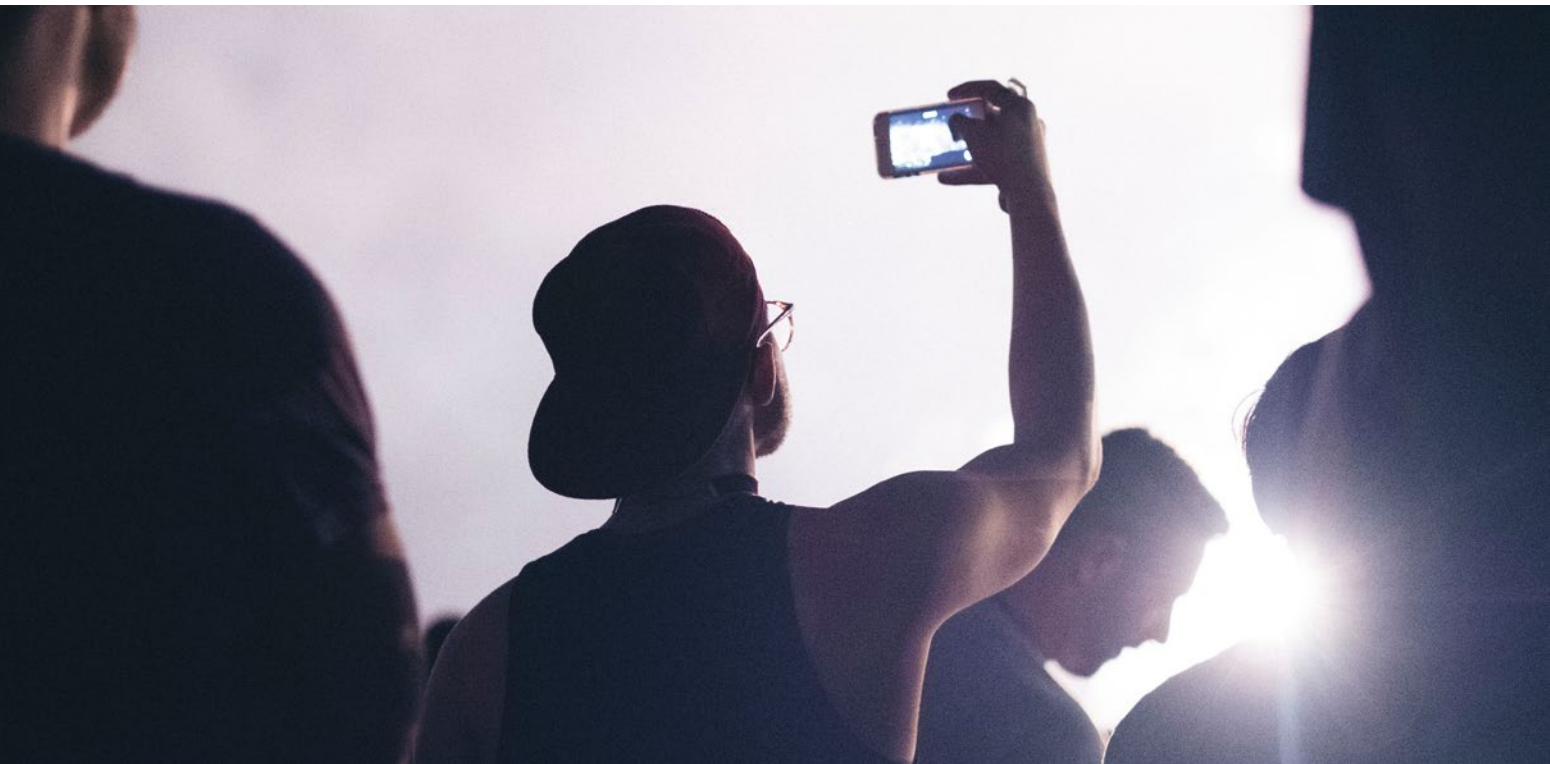
Wir fordern weiterhin höchsten Datenschutz ein. Das Prinzip der informationellen Selbstbestimmung muss gelten. Big Data, also umfangreiche Datenmengen, vermehrte Vernetzung und das stark steigende Angebot an intelligenten Gegenständen („Internet of Things“) müssen aufmerksam begleitet werden.

Auf dem Weg zur Guten Arbeit 4.0 müssen Arbeitnehmer*innenrechte nicht eingeschränkt, sondern weiter gestärkt werden. Prekärer Beschäftigung muss ein stärkerer Riegel vorgeschoben werden. Negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gilt es umfassend einzudämmen. Besonders wichtig ist es, dass in Bayern endlich alle Menschen Anspruch auf Bildungsurlaub erhalten und lebenslanges Lernen möglich wird.

Wichtige Grundlage für einen gerechten digitalen Wandel und die Teilhabe aller, unabhängig vom Wohnort, ist ein massiv beschleunigter Ausbau des Glasfasernetzes. Schnelles Internet muss bis zu jeder Haustür reichen. Auch die bayernweit verteilten Freifunkinitiativen brauchen mehr Unterstützung – ihre Gemeinnützigkeit muss endlich anerkannt werden. Freies W-LAN muss in allen öffentlichen Einrichtungen vorhanden sein.

Den digitalen Wandel zu gestalten ist zentrale politische Querschnittsaufgabe in den nächsten Jahren. Daher gibt es viel zu tun: Bildung muss zukunftsfähig werden und allen Schüler*innen Medienkompetenz, Grundlagen der Programmierung und Logik vermitteln. Das Handyverbot gehört abgeschafft. Die Verwaltung wird digital und es braucht digitale Bürger*innenämter. Außerdem kann die Energiewende durch intelligente Netze und Messsysteme beschleunigt und die Integration erneuerbarer Energien in das Stromnetz verbessert und intelligent gesteuert werden. Vernetzte Verkehrsleitsysteme und neue Buchungsmöglichkeiten verbessern das Nah- und Fernverkehrsangebot. Auch Fortschritte im Bereich der Pflege-Robotik müssen wir zugunsten der Menschen gestalten. Wirtschaftsförderung muss besonders auf Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet werden, denn sie sind es, die nachhaltige und digitale Innovationen maßgeblich vorantreiben. Bayern braucht zudem eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für IT-Straftaten und Straftaten in sozialen Netzwerken und eine Opferberatung.

Mit junggrünen und grünen Ideen gestalten wir die Digitale Revolution sozial und ökologisch und blicken freudig in die Zukunft.



LAG Wirtschaft und Finanzen & LAG Medien

Digitalisierung & grünes Wirtschaften: Chance und Herausforderung

Für viele ist „Digitalisierung" ein Schlagwort, das wild von hohen Wachstums- und Profitraten träumen lässt. Hinter „Digitalisierung" verbirgt sich aber auch enormes Potential für nachhaltiges Wirtschaften: Produktion, Vertrieb und Konsum können dadurch sparsamer und effizienter werden. Ressourceneffizienz und Schadstoffvermeidung – das sind zweifellos wichtige Ziele. Und intelligente Energienutzung, neue Finanzierungsmodelle z.B. via Crowdfunding oder Sharing sind wunderbare Beispiele für innovatives, ökologisch und sozial orientiertes Wirtschaften.
Kein Zweifel – der digitale Wandel muss über Bayerns Grenzen hinaus bundes- und europapolitisch gefördert und reguliert werden, siehe europäische Datenschutzverordnung. Denn wir brauchen neben dem Breitbandausbau auch freie und sichere Datennetze. Wir wollen keine Aushöhlung von Arbeitnehmer*innenrechten, sondern eine „Gute Arbeit 4.0". Statt Monopol- und Kartellbildung im Netz wollen wir fairen Handel und fairen Wettbewerb.
Auch das sehen wir uns an: Die Blockchain-Technologie illustriert den weltweit enormen Stromverbrauch von Informations- und Kommunikationstechnologien – so vielversprechend die Möglichkeiten für E-Government und Bitcoin auch sind. Deshalb muss Digitalisierung von einer Energie- und Ressourcenwende begleitet werden.
Die LAG Wirtschaft und Finanzen hat mit der LAG Medien im Winter zur „Industrie 4.0" getagt. Und am 21. Juli 2018 werden wir mit der Sprecherin für Netzpolitik Verena Osgyan, MdL und Dieter Janecek, MdB und Sprecher für Digitales in München diese Themen weiter vertiefen. Wir freuen uns auf Euch!
Henrike Hahn und Ulrich Lindner

Landesgeschäftsstelle

Wahlkampf-Fahrplan: Bitte einsteigen!

Die Wahlkampfvorbereitungen laufen auf Hochtouren, bei uns in der Landesgeschäftsstelle wie bei euch vor Ort. Hier die nächsten Stationen bis zum Wahltermin am 14. Oktober:

Programm
Der Entwurf ist unter https://bayern.antragsgruen.de veröffentlicht, die Frist für Änderungsanträge läuft bis zum 20. April. Wir verabschieden das Programm zur Landtagswahl auf dem Parteitag am 5. und 6. Mai in Hirschaid.

Kampagne und Plakate
Die Vorstellung erfolgt auf einem Kreisvorständetreffen im Juni. Dabei werden wir auch alle Materialien zum Haustürwahlkampf und der Briefwahl vorstellen.

Sommerwahlkampf
Den Sommer für zwei Dinge nutzen: 1. Selbst noch mal Energie tanken vor der heißen Phase. 2. Sommerwahlkampf machen mit guten Ideen, mit Zuversicht und Selbstvertrauen die Menschen für Grün gewinnen.

Heiße Phase
Startet mit dem politischen Gillamoos in Abensberg am 3. September und läuft dann fünf Wochen vom Ende der Sommerferien bis zum Wahltermin. Eine Woche davor findet der kleine Parteitag am 7.10. in München statt, um den Turbo für die entscheidende Woche zu zünden.

Tourenplanung
Ab August ist unser Spitzenduo Katharina und Ludwig im ganzen Land unterwegs. Die zentrale Planung der Termine übernimmt die Landesgeschäftsstelle. Bitte wendet euch mit Anfragen, Ideen und Vorschlägen an Birgit Zipfel: birgit.zipfel@bayern.gruene.de.

Du hast Fragen, Anregungen, Kritik? Wahlkampfleiter Marc Decker freut sich über Rückmeldungen: marc.decker@bayern.gruene.de

Nicht vergessen: Bitte plant auch eine Wahlparty oder Nachbetrachtung zusammen mit den Helfer*innen und Kandidat*innen ein! Und: Am Samstag, den 20. Oktober 2018 machen wir eine Landesdelegiertenkonferenz zur Wahlanalyse in Regensburg – bitte vormerken!

Impressum

Herausgeber
Bündnis 90/Die Grünen
Landesverband Bayern
Sendlinger Str. 47, 80331 München
Tel. 089/211 597-0, Fax 089/211 597-24
landesverband@bayern.gruene.de
www. gruene-bayern.de

Bündnis 90/Die Grünen
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München
Tel. 089/4126-2493, Fax 089/4126-1494
info@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de

Redaktion (Landesverband)
Angela Kirschbaum (verantwortl.),
Sigi Hagl, Eike Hallitzky

Redaktion (Landtagsfraktion)
Lena Motzer (verantwortl.),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann

Gestaltung
Andreas Gregor, info@andreasgregor.com

Bildnachweis
Titelbild: Andreas Gregor

Druck
Dierichs Druck+Media, Kassel
Auflage 9.150
Gedruckt auf Circleoffset White,
zertifiziert mit dem Blauen Engel

BAYERNWEITE TERMINE

GRIBS-KOMMUNALKONGRESS 2018

FREITAG, 27. APRIL BIS SONNTAG, 29. APRIL

BAYERISCHE BAUAKADEMIE FEUCHTWANGEN

BEGINN: 18:00 UHR

Mit Verstand und Augenmaß! Flächensparen in der kommunalen Praxis

Der Kongress stellt erprobte Instrumente und gelungene Beispiele beim Flächensparen vor. Wir wollen Möglichkeiten und Stolperfallen diskutieren, Argumentationshilfen bieten und im Erfahrungsaustausch Impulse für die eigene Arbeit im Rat entwickeln.

Alle weiteren Infos unter
http://gruenlink.de/1f3l



LANDESDELEGIERTEN-KONFERENZ IN HIRSCHAID

SAMSTAG, 5. MAI BIS SONNTAG, 6. MAI
ENERGIEPARK HIRSCHAID
BEGINN: 11:00 UHR

Auf den Inhalt kommt es an: Wir diskutieren und verabschieden unser Wahlprogramm für die Landtagswahl. Den ersten Entwurf der Programmkommission findet ihr auf https://bayern.antragsgruen.de. Änderungsantragsschluss ist der 20. April 2018.

Alle weiteren Infos unter
www.gruene-bayern.de/ldk18

INFORMATIONS-VERANSTALTUNG FÜR NEUMITGLIEDER

SAMSTAG, 26. MAI
BAYERISCHER LANDTAG, MÜNCHEN
15:00 UHR BIS 18:30 UHR

Wir laden alle Neumitglieder zur Informationsveranstaltung in den Bayerischen Landtag ein. Das Treffen bietet die Möglichkeit, unsere Abgeordneten persönlich kennenzulernen, Kontakte zu knüpfen und sich über unsere politische Arbeit zu informieren. Mit dabei sind die Fraktionsvorsitzenden Katharina Schulze und Ludwig Hartmann sowie die Landesvorsitzenden Sigi Hagl und Eike Hallitzky. Anmeldung per Mail an naemi.friedrich@gruene-fraktion-bayern.de

